

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/011

Chronik vom 27. Juni 1994 bis zum 15. November 1994

27.06.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juni 1994: >>**Warmherziger Abschied für russische Soldaten**

... In freundschaftlicher Atmosphäre haben am Sonnabend die Einwohner Berlins und russische Soldaten Abschied voneinander genommen. Rund 20.000 Zuschauer kamen zur Parade der russischen Berlin-Brigade, die nach 49 Jahren in die Heimat zurückkehrt.

Berlins regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) dankte dem russischen Volk, seiner Führung und seinen Streitkräften für ihre Rolle bei der Wiedervereinigung. "Wir haben es dem neuen Rußland und Michail Gorbatschow zu verdanken, daß der Weg zur Befreiung Ost- und Mitteleuropas ohne Blutvergießen gegangen werden konnte." ...<<

14.07.1994

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juli 1994: >>**Regierung in Prag lehnt Havels Entschuldigung ab**

Den Versuch von Staatspräsident Havel, eine moralische Entschuldigung für die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg voranzutreiben, hat die Prager Regierung angeblich gestoppt. ...

Mehrere Teilnehmer hätten erklärt, die rechtlichen Konsequenzen einer solchen Entschuldigung seien schwer einzuschätzen, weil daraus "deutsche Rechtsanwälte Schritte" ableiten würden.<<

18.07.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 1994: >>**Zickzackwege zur Wahrheit**

Der Widerstand vom 20. Juli 1944: Geschichte einer Erinnerung

... Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Hitler-Attentäters, äußert sich genauso wie andere konservative Kreis beunruhigt, wie im Museum im Berliner Bendlerblock – dem Ort an dem einige Verschwörer erschossen worden sind – nicht nur des Widerstands gedacht wird, der schließlich im Attentat gipfelt, sondern weil die Gedenkstätte auch an den Widerstand der Kommunisten, des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere erinnert. Eine solche wertfreie Darstellung sei eine wertlose Darstellung, erzürnt sich der

Stauffenberg-Nachkomme.

... Mit dem Abstand von fünfzig Jahren wird deutlich, auf welchen merkwürdigen Zickzackwegen sich Historiker, Politiker und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den 20. Juli zu eigen gemacht haben.

... Wer den bürgerlich-militärischen Widerstand betont, ruft diejenigen auf den Plan, die den Widerstand der Kommunisten und Emigranten hervorgehoben sehen möchten. Die Gefahr des Mißbrauchs der Geschichte durch solche Politisierung liegt auf der Hand. ...

Indem Historiker diese Vorstellungen an der Gedankenwelt der sechziger Jahre maßen, trugen sie wiederum zur Politisierung der Geschichte bei. Sie unterschlugen dabei, daß der Widerstand nur in den Grenzen seiner damaligen Gegenwart gewürdigt werden konnte. Auch die Zukunftspläne Stauffenbergs oder Goerdelers waren das Produkt ihrer Epoche, einer Zeit, die durch großdeutsches Denken geprägt war.

Unbeeinflusst von dieser Wendung der Forschung entdeckte eine andere Gruppe Ende der sechziger Jahre den Begriff des Widerstands für sich: die Studentenbewegung. Nicht zuletzt auf ihren Druck hin wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung 1968 der Artikel 20/4 in das Grundgesetz eingefügt: Danach ist Widerstand erlaubt, wenn keine andere Abhilfe von Verfassungsverletzungen möglich ist. Die Erinnerung an Vorbilder, die Zivilcourage und Bürgermut gezeigt hatten, klang dabei nach.

In dem Maße, wie die Auseinandersetzungen mit dem Widerstand nicht mehr auf der Legitimation der Bundesrepublik, sondern auch mehr der Rechtfertigung einzelner dienen sollte, verstärkte sich in den siebziger Jahren das Interesse an der alltäglichen Dimension des Widerstandes. ...

Vorurteile gegenüber Emigranten als diejenigen, die sich aus dem Dritten Reich "davongestohlen" hatten, schwanden, eine Entwicklung von unmittelbarer geschichtspolitischer Bedeutung: Vor allem führende Sozialdemokraten unter ihnen Herbert Wehner und Willy Brandt, waren während der Herrschaft der Nationalsozialisten ins Exil geflüchtet. Sie profitierten vom Wandel in der Erinnerung. Die Wahl Brandts zum Bundeskanzler dokumentierte auch die moralische Anerkennung des Exils als eine Form der Verweigerung. Wieder hatte eine Neuwertung der Geschichte unmittelbaren Einfluß auf die Politik genommen.

Mit der Wende von der sozialliberalen zu einer christlich-liberalen Regierung rechtzeitig vor dem 40. Jahrestag vollzog sich in der Bundesrepublik erneut ein Perspektivenwechsel. Zwar lag das Hauptinteresse nach wie vor auf den Strukturen des Widerstands. Doch standen diese Forschungsergebnisse inzwischen wieder durchaus gleichwertig neben den Erkenntnissen über die Verschwörung der Eliten. Ein mit neuem Selbstbewußtsein ausgestattetes konservatives Lager sorgte für eine neue, aber nicht sonderlich originelle Sicht des Widerstandes.

Als Vermächtnis der Angehörigen des 20. Juli hob es deren Bereitschaft hervor, gegen jegliche Unterdrückung zu protestieren. Gleichzeitig stellte diese Seite fest, daß trotz aller Kritik an den konservativen, ja, reaktionären Vorstellungen der Stauffenberg-, der Goerdeler- und auch der Kreisauer Gruppe die Ideen der Widerständler viel näher an Weimar als am Dritten Reich gelegen hätten und damit zugleich viel näher an der Zukunft der Bundesrepublik. So hat es Ernst Nolte ausgedrückt.

Und 1994? Auch fünfzig Jahre später überwiegt erneut das Politische in der Diskussion um die Geschichte des 20. Juli 1944. Der Streit um das Museum des deutschen Widerstandes zeigt es. Die Meinungen widersprechen sich heftiger denn je, und das könnte sich noch verschärfen, wenn Historiker aus der ehemaligen DDR in die Auseinandersetzung eingreifen. Stärker noch als ihre Kollegen im Westen haben sie 40 Jahre lang nicht im Dienst der Geschichte, sondern im Dienst der Politik geforscht. Die Verpflichtung zum Antifaschismus war ihnen oberstes Gebot.

Wie der 20. Juli zu bewerten sei, hatte Stalin bereits unmittelbar nach dem Attentat vorgege-

ben. Er bezeichnete das Ereignis als eine imperialistische "antisowjetische" Verschwörung – ein Urteil, daß die Politiker und Historiker der DDR zunächst ohne Ausnahme übernahmen. Um Vergleiche mit dem eigenen System gar nicht erst aufkommen zu lassen, unterschlugen DDR-Historiker einen Gedankengang, der in Westdeutschland längst akzeptiert war: Wer in einer totalitären Diktatur mit Erfolg Widerstand von innen leisten wollte, mußte notwendigerweise Funktionär, hoher Beamter oder Offizier sein.

Die Hauptursache dafür, daß der Widerstand gegen Hitler gescheitert war, sahen ostdeutsche Historiker bis in die Achtziger Jahre hinein in der Tatsache, daß der Verschwörung die Massenbasis gefehlt hatte. Hinter dieser Interpretation steckte der marxistisch-leninistische Denkansatz von der historischen Bedeutung der Volksmassen. Folgerichtig maßten sie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die unter allen Widerstandsorganisationen sicher die meisten Mitglieder besaß, die größte Bedeutung zu. "Die rebellierenden Generale", hieß es dagegen bereits 1947 im Beitrag des SED-Journalisten und späteren Historikers Albert Norden, zählten zum "Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus".

Erst mit einem politischen Ereignis – dem Tod Stalins – ging Ende der fünfziger Jahre in der DDR eine geringfügige Veränderung in der Bewertung der Geschichte einher. So wurden die Aktionen des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere in die Widerstandsforschung aufgenommen. Dadurch veränderte sich die Sicht auf die Haltung der Generale; die KPD war nicht mehr der exklusive Vertreter des Widerstands.

Noch in den achtziger Jahren feierte die DDR den Widerstand der KPD als Beginn ihrer eigenen Geschichte: "Die DDR ging unmittelbar aus dem antifaschistischen Widerstand hervor, aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone", lasen Ostberliner Studenten 1981 in ihrem Hochschullehrbuch. ...<<

12.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. August 1994: >>... Die Friedlandhilfe ist in Not: Die Regale der Lagerbaracke Nr. 49 aus dem Zweiten Weltkrieg in Friedland (Kreis Göttingen) sind fast leer. ...

... Die Flüchtlingsgeneration, die das Kriegs- und Nachkriegselend am eigenen Leibe erfahren hat, stirbt aus. ...

Mindestens 2 Millionen Aussiedler oder deren deutschstämmige Nachkommen wollen noch zu uns. Dann ist für diese Menschen der Zweite Weltkrieg endlich auch vorbei, und wir können aufhören", sagt Johanne Büchting (Vorsitzende der Hilfsorganisation).

Nach der Streichung des Begrüßungsgeldes von 200 DM durch die Bundesregierung brauche die Friedlandhilfe vor allem Bargeld. ... Die Leute kämen oft nach tagelanger Wartezeit auf dem Moskauer Flughafen mit kleinem Handgepäck an und hätten nicht einmal Unterwäsche zum Wechseln.

... "Die jetzt einreisen, sind voller Hoffnung, aber bitterarm. Die Flugkosten für die oft großen Familien sind hoch. Sie mußten alles verkaufen, um endlich unter Deutschen leben zu können."<<

27.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. August 1994: >>"**Russen hinterlassen teure Altlasten**"

Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

30.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. August 1994: >>**Modrow**

bat Moskau 1990: Keine Rückgabe zulassen

Kinkel verteidigt Regelung zu SBZ-Enteignungen

Das Festhalten an den Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 entsprach offenbar weniger einem Wunsch Moskaus als dem Willen der letzten beiden SED-Regierungen. Der frühere Ostberliner Regierungschef Hans Modrow teilte am Montag mit, er habe Anfang März 1990 dem UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow geschrieben, daß die Enteignungen "gültig bleiben müssen", Moskau möge diesen Standpunkt in den Vereinigungsverhandlungen vertreten.

Modrow sagte am Montag, sein Nachfolger im Amt des DDR-Regierungschefs, Lothar de Maizière (CDU), habe die gleiche Position vertreten wie er. Eine Antwort auf sein Schreiben nach Moskau habe er nicht erhalten. Er habe aber auch kein Schreiben erhalten, daß die UdSSR sich diesen Standpunkt nicht zu eigen machen wollte, betonte Modrow.

Wie berichtet, hatte Gorbatschow in diesen Tagen einem britischen Historiker mitgeteilt, daß für ihn ein Festhalten an der "Bodenreform" keineswegs Voraussetzung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung gewesen sei. Diese Antwort hatte die Betroffenen im höchsten Maße überrascht, da die Bundesregierung ihren Ausschluß von Rückgaberechten stets mit außenpolitischen Rücksichten auf Moskau begründet hatte. Die Anwälte der "Bodenreform-Opfer" prüfen wegen der Gorbatschow-Äußerung eine Neuauflage ihres 1991 verlorenen Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht. ...

Auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel betonte am Montag sein Unverständnis über Gorbatschows Äußerung. Die Sowjetunion habe bei den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag mehrfach gefordert, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Die Akten des Auswärtigen Amtes zeigten eindeutig, daß diese Forderung "an sechs, sieben, acht Stellen und Verhandlungstagen" auf dem Tisch gelegen habe, sagte Kinkel. Im übrigen sei das Festhalten an der Bodenreform auch eine Bedingung für das Ja der Volkskammer zum Einigungsvertrag gewesen, sagte der Außenminister.

Bei der sogenannten Bodenreform unter dem Motto "Junkerland in Bauernhand" ging es vor allem um landwirtschaftlichen Besitz von mehr als 100 Hektar. Die Enteigneten wurden vielfach vertrieben oder sogar umgebracht. Insgesamt gingen auf diese Weise drei Millionen Hektar in Staatsbesitz über, der fortan durch die sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurde.<<

31.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1994: >>Letzter Akt: Russische Truppen verlassen Deutschland ...

General Burlakow kehrt ohne Groll in die Heimat zurück

Auftrag erfüllt, Mission beendet - nun geht's nach Hause. Ein letztes Mal wird Prokopjewitsch Burlakow heute von Wünsdorf nach Berlin fahren. Eine Rückkehr in die kleine Garnisonsstadt im Süden Berlins, die – hermetisch abgeriegelt – fast vier Jahrzehnte als Sitz des sowjetischen Oberkommandos gedient hat, wird es nicht mehr geben. In ein paar Tagen startet der General ohne Truppen Richtung Rußland. Daheim klettert der 59jährige Dreisterne-General auf der Karriereleiter nach oben. Er wird stellvertretender Verteidigungsminister.

Im Dezember 1990 war Burlakow mit einem heiklen Auftrag in das vereinte Deutschland gekommen. Binnen 4 Jahren sollte die gesamte Streitmacht der Sowjetunion in der ehemaligen DDR - mehr als 500.000 Soldaten samt Familien und über 2,5 Millionen Tonnen Munition - aus Deutschland abgezogen sein. So hatte es Bundeskanzler Helmut Kohl mit UdSSR-Präsident Gorbatschow vereinbart. ...

Fast geräuschlos ging der Abzug vonstatten. Eine Fläche von der Größe des Saarlands hat die Westgruppe in den fünf neuen Bundesländern geräumt. Die Beseitigung der Altlasten ist freilich vielerorts eine Jahrhundertaufgabe. Daß immer wieder Gerüchte über Schiebereien im

großen Stil unter stiller Billigung oder gar aktiver Beteiligung der Militärführung auftauchen, hat die Zusammenarbeit nicht nachhaltig irritiert. Angesichts des höchst sensiblen Unternehmens hatte ohnehin niemand ein großes Interesse, derartige Dinge an die große Glocke zu hängen.

Burlakow geht ohne Groll, wie er versichert. "Wir hatten ohnehin nicht vor, ewig hier zu bleiben", hat der bullige Arbeitersohn aus dem sibirischen Ulan-Ude einmal gesagt. ...

Am heutigen Mittwoch wird Burlakow den verbliebenen Rest seiner Truppe auf dem Berliner Gendarmenmarkt aufmarschieren lassen und seinem eigens angereisten Präsidenten Meldung machen: Auftrag erfüllt, Mission beendet!<<

01.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. September 1994: >>Die Russen gehen

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen. Die schnelle und ruhige "Abwicklung" einer ganzen GUS-Armee ist um so bemerkenswerter, weil auf die Soldaten in ihrer Heimat eine ungewisse Zukunft wartet.

Als "Feinde" hat sie zuletzt keiner mehr empfunden. Aber vor allem viele ältere Mitbürger denken mit gemischten Gefühlen an russische Soldaten. Als die Sowjetarmee im Mai 1945 die rote Fahne aufpflanzte, wurde sie von vielen eben nicht als Befreier empfunden und empfangen.

Wunden haben nicht nur die Greuelthaten der Roten Armee bei ihrem Einmarsch hinterlassen. Anders als die Westalliierten brachten die sowjetischen Streitkräfte keine Demokratie, sondern preßten den Osten Deutschlands in eine neue Diktatur. Ihre bloße Anwesenheit ließ jeden Widerstand sinnlos erscheinen. Wenn er doch auftrat, wurde er wie 1953 niedergeschlagen. Erst als Moskau seine schützende Hand entzog, war der Sturz des Honecker-Regimes 1989 möglich. ...

... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an:

Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 1. September 1994 über Krebserkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln": >>Rentenansturm bei Wismut

... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.

HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen.

Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-

Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<

02.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. September 1994: >>SBZ-Enteignete können Grundstücke zurückkaufen****

... Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat seine zweitägige Marathonsitzung am Donnerstag mit weiteren Erfolgen abgeschlossen. So wurde nach jahrelangem Streit eine Regelung für Alteigentümer gefunden, deren Grundstücke zwischen 1945 und 1949 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) enteignet wurden. Die Enteigneten erhalten keine Rückgabeansprüche, dürfen aber das Land von der Treuhand kaufen.

Für den Rückkauf gilt der dreifache sogenannte Einheitswert von 1935. Vorzugsbedingungen werden auch den Nachfolgesellschaften der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingeräumt. ... Zugleich wurde beschlossen, daß die Vertriebenen, die in der DDR gelebt haben, bereits in diesem Jahr von einem Alter von 75 Jahren an eine pauschale Entschädigung von 4.000 Mark erhalten. ...<<

06.10.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Oktober 1994: >>Eini-gung über Schulden****

... Der Weg für eine Umschuldung der Verbindlichkeiten Rußlands bei westlichen Gläubigerbanken ist frei. ... Rußland hat nach eigener Darstellung insgesamt Auslandsschulden von 90 Milliarden Dollar übernommen. ...<<

08.10.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1994: >>Das Grau-en läßt sich schwer in Bronze gießen****

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-84,146-153): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der (amerikanischen) Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei hierzulande (in den USA) gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, son-

dern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden.

Sein Schöpfer schreibt über das Holocaust-Museum, es sei "sehr darum bemüht, sich jeglichen Versuchs einer Indoktrination zu enthalten", "jeder Manipulation der Eindrücke oder Emotionen". Doch von der Planung bis zur Fertigstellung war das Museum in die Politik verstrickt. Angesichts der anstehenden Kampagne für seine Wiederwahl regte Jimmy Carter das Projekt an, um jüdische Spender und Wähler zu beschwichtigen, die wegen der Anerkennung der "legitimen Rechte" der Palästinenser durch den Präsidenten aufgebracht waren.

Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der großen amerikanischen Judenorganisationen, Rabbi Alexander Schindler, beklagte Carters Anerkennung der Palästinenser als Menschen als "schockierenden" Vorstoß. Carter verkündete die Pläne für das Museum, während der israelische Premierminister Menachem Begin Washington besuchte und eine erbitterte Redeschlacht im Kongreß über die von der Regierung vorgeschlagenen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien tobte.

Auch andere politische Themen scheinen in dem Museum auf. So verschweigt es den christlichen Hintergrund des europäischen Antisemitismus, um eine mächtige Wählerschicht nicht zu verprellen. Es spielt die diskriminierenden Einwanderungsquoten der USA vor dem Krieg herunter, übertreibt die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Befreiung der Konzentrationslager und geht stillschweigend über die umfangreiche Anwerbung von Nazi-Kriegsverbrechern durch die USA bei Kriegsende hinweg.

Die übergreifende Botschaft des Museums lautet, daß "wir" uns derart böse Taten nicht einmal vorstellen, geschweige denn sie begehen könnten. Der Holocaust "läuft dem amerikanischen Ethos zuwider", merkt Michael Berenbaum im Begleitbuch des Museums an. "Daß er begangen wurde, betrachten wir als Verletzung aller wesentlichen Werte Amerikas."

Mit den abschließenden Szenen jüdischer Überlebender, die darum kämpfen, nach Palästina einreisen zu dürfen, führt das Holocaust-Museum die zionistische Lektion vor, daß Israel die "angemessene Antwort auf den Nationalsozialismus" war.

Die Politisierung beginnt sogar schon, ehe man die Schwelle des Museums überschreitet. Es liegt am Raoul-Wallenberg-Platz. Wallenberg, ein schwedischer Diplomat, wird geehrt, weil er Tausende von Juden rettete und in einem sowjetischen Gefängnis starb. Der Schwede Graf Folke Bernadotte, der auch Tausende von Juden gerettet hat, wird nicht geehrt, denn der spätere israelische Premierminister Yitzak Shamir hatte seine Ermordung befohlen, weil er "pro-arabisch" eingestellt gewesen sei.

Die Crux der Politik der Holocaust-Museen liegt jedoch darin, wessen eigentlich gedacht werden soll. Waren die Juden die einzigen Opfer des Holocaust, oder zählen andere, die der Verfolgung durch die Nazis ausgeliefert waren, ebenfalls als Opfer?

Während der Planungsphase des Museums setzte sich Elie Wiesel (zusammen mit Yehuda Bauer vom Yad Vashem) an die Spitze derer, die dort ausschließlich der Juden gedenken wollten. Wiesel, dem man sich als dem "unbestrittenen Experten für die Zeit des Holocaust" unterwarf, stritt hartnäckig für den Vorrang des jüdischen Opferstatus. "Wie immer fingen sie mit den Juden an", tönte er in typischer Weise. "Wie immer hörten sie nicht bei den Juden allein auf." - Doch die ersten politischen Opfer des Nationalsozialismus waren Kommunisten, und die ersten Opfer des Nazi-Massenmords waren Behinderte.

Die größte Herausforderung für das Holocaust-Museum bestand darin, den Vorrang vor dem Völkermord an den Zigeunern zu rechtfertigen. Die Nazis hatten eine halbe Million Zigeuner systematisch ermordet, was proportional zur Bevölkerung grob den Verlusten beim Völkermord an den Juden entspricht.

Holocaust-Autoren wie Yehuda Bauer behaupteten, die Zigeuner seien nicht im selben Ausmaß dem Genozid zum Opfer gefallen wie die Juden. Angesehene Holocaust-Historiker wie

Henry Friedlander und Raul Hilberg dagegen haben die Ansicht vertreten, dies sei der Fall gewesen.

Hinter der Tatsache, daß das Museum den Zigeuner-Genozid an den Rand schob, lauerten mehrere Motive.

Erstens: Den Verlust des Lebens von Zigeunern konnte man einfach nicht mit dem Verlust jüdischen Lebens vergleichen. Die Forderung nach einem Vertreter der Zigeuner im US Holocaust Memorial Council bezeichnete Rabbi Seymour Siegel, der geschäftsführende Direktor, als "mies"; er bezweifelte, ob die Zigeuner als Volk überhaupt "existierten": "Es müßte eine gewisse Anerkennung des Volks der Zigeuner vorhanden sein, ... wenn es so etwas überhaupt gibt."

Immerhin gab er zu, daß "es unter den Nazis einen leidenden Teil gab". Edward Linenthal erinnert sich an das "tiefe Mißtrauen" der Vertreter der Zigeuner gegenüber dem Rat, "gespeist von der offenkundigen Tatsache, daß einige Ratsmitglieder eine Beteiligung der Roma so behandelten, wie eine Familie mit unwillkommenen, störenden Verwandten umgeht".

Zweitens: Wenn man den Genozid an den Zigeunern anerkannte, bedeutete das den Verlust einer exklusiven jüdischen Lizenz für DEN HOLOCAUST, was einen entsprechenden Verlust jüdischen "moralischen Kapitals" mit sich brachte.

Drittens: Falls die Nazis Zigeuner wie Juden in gleicher Weise verfolgt hatten, war das Dogma, wonach DER HOLOCAUST den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden auf die Juden bezeichnete, eindeutig unhaltbar. Und ebenso, falls der Neid der Nichtjuden den Genozid an den Juden antrieb, war es dann auch Neid, der den Genozid an den Zigeunern antrieb? In der ständigen Ausstellung des Museums wird den nichtjüdischen Opfern des Nationalsozialismus nur pro forma Anerkennung zuteil.

Schließlich ist die politische Agenda des Holocaust-Museums auch noch durch den israelisch-palästinensischen Konflikt geformt worden. Ehe er dem Museum als Direktor diente, verfaßte Walter Reich eine Lobrede auf Joan Peters' verlogenes Buch "From Time Immemorial", in dem behauptet wird, vor der Besiedlung durch die Zionisten sei Palästina buchstäblich leer gewesen.

Auf Drängen des Außenministeriums wurde Reich gezwungen zurückzutreten, nachdem er sich geweigert hatte, Yassir Arafat, der mittlerweile ein willfähriger Verbündeter Amerikas geworden war, zu einem Besuch des Museums einzuladen.

Dem Holocaust-Theologen John Roth, dem man die Stelle eines stellvertretenden Leiters angeboten hatte, wurde damals solange zugesetzt, bis er zurücktrat; er hatte in der Vergangenheit Israel kritisiert.

Als der Vorsitzende des Museums Miles Lerman ein Buch, mit dem das Museum zunächst einverstanden gewesen war, ablehnte, weil es ein Kapitel von Benny Morris (einem bekannten israelischen Historiker und Kritiker Israels) enthielt, verkündete er: "Dieses Museum auf die Seite der Gegner Israels zu stellen - das ist unvorstellbar." ...<<

>>... Den "Holocaust als eine amerikanische Erinnerung auszugeben", so argumentiert Novick weiter, sei eine moralische Ausflucht. Sie "führt dazu, daß man sich um die Verantwortlichkeit herumdrückt, die die Amerikaner "wirklich" angeht, wenn sie sich ihrer Vergangenheit, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft stellen".

Hier verweist er auf einen wichtigen Punkt. Es ist viel leichter, die Verbrechen anderer zu beklagen, als sich selbst anzusehen. Es ist jedoch auch wahr, daß wir, wenn wir nur wollten, aus der Erfahrung mit den Nazis viel über uns selbst lernen könnten.

Die unter der Bezeichnung "Manifest Destiny" bekannte Ideologie einer unvermeidlichen Expansion der Vereinigten Staaten nach Westen und darüber hinaus hat viele der ideologischen und programmatischen Elemente von Hitlers Lebensraum-Politik vorweggenommen. Tatsächlich hat Hitler seine Eroberung des Ostens nach dem Vorbild der amerikanischen Eroberung

des Westens ausgerichtet.

Während der ersten Hälfte des Jahrhunderts verabschiedete die Mehrheit der amerikanischen Staaten Sterilisationsgesetze, und einige zehntausend Amerikaner wurden gegen ihren Willen sterilisiert. Die Nazis bezogen sich ausdrücklich auf dieses Vorbild der USA, als sie ihre eigenen Sterilisationsgesetze verabschiedeten.

Mit den berüchtigten Nürnberger Rassengesetzen wurde den Juden das Wahlrecht aberkannt und die rassische Vermischung zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Die Schwarzen im amerikanischen Süden mußten die gleichen gesetzlichen Beschränkungen hinnehmen und waren in viel größerem Ausmaß der spontanen und gebilligten Gewalt der Bevölkerung ausgesetzt als die Juden im Deutschland der Vorkriegszeit.

Um Verbrechen hervorzuheben, die sich im Ausland abspielen, zitieren die USA häufig DEN HOLOCAUST herbei. Noch erhellender ist jedoch, wann die USA auf DEN HOLOCAUST bezug nehmen. Verbrechen offizieller Feinde wie das Blutbad der Roten Khmer in Kambodscha, die sowjetische Invasion in Afghanistan, der irakische Einmarsch in Kuwait und die ethnischen Säuberungen der Serben im Kosovo erinnern an den Holocaust; bei Verbrechen, an denen die USA beteiligt sind, ist das nicht der Fall.

Gerade als sich die Greuelthaten der Roten Khmer in Kambodscha ereigneten, schlachtete die von den USA unterstützte Regierung Indonesiens ein Drittel der Bevölkerung von Ost-Timor ab. Doch anders als Kambodscha schaffte es der Völkermord von Ost-Timor nicht, mit dem Holocaust verglichen zu werden; er brachte es nicht einmal zur Berichterstattung durch die Medien.

Gerade als die Sowjetunion das beging, was vom Simon-Wiesenthal-Zentrum als "weiterer Völkermord" in Afghanistan bezeichnet wurde, unternahm das von den USA gestützte Regime in Guatemala das, was die guatemaltekeische Wahrheitskommission kürzlich als "Völkermord" an der eingeborenen Maya-Bevölkerung bezeichnete. Präsident Reagan tat die Vorwürfe gegen die Regierung Guatemalas als "üble Nachrede" ab. ...

Um Jeane Kirkpatrick dafür zu ehren, daß sie im Namen der Reagan-Regierung die sich ausbreitenden Verbrechen in Mittelamerika verteidigte, verlieh ihr das Simon-Wiesenthal-Zentrum die Auszeichnung Humanitarian of the Year. ...

Die Regierung Carter bemühte das Andenken an den Holocaust, als sie eine Zuflucht für die vietnamesischen "Boat-People" suchte, die vor dem kommunistischen Regime flohen. Die Clinton-Regierung vergaß den Holocaust, als sie Boat-People aus Haiti zur Rückkehr zwang, die vor den (von den USA unterstützten) Todesschwadronen flohen.

Als im Frühjahr 1999 der von den USA angeführte Bombenkrieg der Nato gegen Serbien begann, lauerte überall die Erinnerung an den Holocaust. Wie wir gesehen haben, hat Daniel Goldhagen die serbischen Verbrechen gegen den Kosovo mit der "Endlösung" verglichen, und auf Präsident Clintons Bitte reiste Elie Wiesel zu den Flüchtlingslagern der Kosovaren in Mazedonien und Albanien.

Noch ehe Wiesel auf ein Stichwort hin Tränen für die Kosovaren vergoß, hatte das von den USA gestützte Regime in Indonesien jedoch schon wieder dort angefangen, wo es Ende der siebziger Jahre aufgehört hatte: Es beging neue Massaker in Ost-Timor. Doch der Holocaust schwand aus dem Gedächtnis, als die Clinton-Regierung bei diesem Blutvergießen abwiegelte. "Indonesien ist wichtig", erklärte ein westlicher Diplomat, "und Ost-Timor nicht."

Novick verweist auf eine passive Komplizenschaft der USA bei menschlichen Katastrophen, die in der Größenordnung mit den Massenvernichtungen der Nazis vergleichbar sind, auch wenn sie in anderer Hinsicht nichts mit ihnen gemein haben. Mit Hinweis auf die Million Kinder, die im Zuge der "Endlösung" ermordet wurden, merkt er an, daß amerikanische Präsidenten kaum mehr als fromme Reden übrig haben, wenn weltweit jedes Jahr eine mehrfach größere Zahl von Kindern "an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten stirbt".

Man könnte auch einen eklatanten Fall aktiver Komplizenschaft der USA in Betracht ziehen. Nachdem die von den USA angeführte Koalition den Irak 1991 verwüstet hatte, um "Saddam-Hitler" zu bestrafen, erzwangen die Vereinigten Staaten und Großbritannien mörderische UN-Sanktionen gegen dieses vom Unglück verfolgte Volk, mit dem Ziel, Saddam zu stürzen.

Wie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis sind auch hier möglicherweise eine Million Kinder umgekommen. Als Außenministerin Madeleine Albright von einem amerikanischen Fernsehsender zu dem grausigen Blutzoll im Irak befragt wurde, erwiderte sie, daß "es den Preis wert ist".

"Da der Holocaust ein derartiges Extrem darstellt", argumentiert Novick, "ist die Möglichkeit, daß er uns etwas lehren könnte, das in unsere Alltagswelt umzusetzen ist, erheblich eingeschränkt." Als "Maßstab für Unterdrückung und Grausamkeit" führt er tendenziell dazu, daß "Verbrechen geringeren Umfangs banalisiert" werden.

Doch der Massenmord durch die Nazis kann uns auch für diese Ungerechtigkeiten sensibilisieren. Mit dem Gedanken an Auschwitz im Hinterkopf kann das, was vorher als selbstverständlich angesehen wurde - Fanatismus zum Beispiel -, nicht mehr hingenommen werden. In der Tat war es der Genozid der Nazis, der den im Geistesleben Amerikas vor dem Zweiten Weltkrieg so umfassend verbreiteten wissenschaftlichen Rassismus in Verruf brachte.

Für jene, die sich für mehr Menschlichkeit einsetzen, schließt ein Prüfstein des Bösen Vergleiche nicht aus, sondern lädt eher noch dazu ein. In der moralischen Welt des späten neunzehnten Jahrhunderts nahm die Sklaverei in etwa die gleiche Stellung ein wie die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis heute. Dementsprechend wurde sie oft herangezogen, um Mißstände zu illustrieren, die nicht in ihrem vollem Ausmaß anerkannt wurden.

John Stuart Mill verglich die Lage der Frau in der so geheiligten viktorianischen Institution der Ehe mit der Sklaverei. Er wagte sogar zu sagen, daß sie in entscheidenden Merkmalen schlimmer sei. "Es liegt mir fern zu behaupten, Frauen würden in der Regel nicht besser behandelt als Sklaven; aber kein Sklave ist in demselben Ausmaß und in so uneingeschränktem Wortsinne Sklave wie eine Ehefrau".

Nur jene, die ein als Maßstab geltendes Übel nicht als moralischen Kompaß, sondern vielmehr als ideologische Keule benutzen, schrecken vor solchen Analogien zurück. "Das kann man nicht vergleichen" ist der Glaubenssatz moralischer Erpresser.

Die organisierten Juden Amerikas haben den Massenmord der Nazis ausgebeutet, um Kritik an Israel und an ihrer eigenen unhaltbaren Politik abzuwehren. Mit der von ihnen verfolgten Politik sind Israel und die amerikanischen Juden in eine strukturell gleiche Lage geraten: Beider Schicksal hängt nun an einem dünnen Faden, den die herrschenden Eliten Amerikas in Händen halten.

Sollten diese Eliten je zu dem Schluß kommen, daß Israel eine Belastung darstellt oder die amerikanischen Juden entbehrlich sind, könnte der Faden durchtrennt werden.

Das ist zweifellos eine Spekulation - vielleicht eine unangemessene Warnung, vielleicht auch nicht. Es ist jedoch ein Kinderspiel, die Haltung der amerikanischen Juden vorauszusagen, falls dies eintreten sollte. Falls Israel aus der Gunst der Vereinigten Staaten fiele, würden viele jener Führer, die Israel heute tapfer verteidigen, mutig ihre Abneigung gegen den jüdischen Staat verbreiten und die amerikanischen Juden verbal dafür geißeln, daß sie Israel zur Religion gemacht haben.

Und sollten die herrschenden Kreise der USA beschließen, Juden zum Sündenbock zu machen, würde es uns nicht überraschen, wenn die Führer der amerikanischen Juden wieder genauso handeln würden wie ihre Vorfahren während der Verfolgung durch die Nazis. "Wir glaubten nicht, daß die Deutschen sich der Juden bedienen würden", erinnerte sich Yitzhak Zuckerman, einer der Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, "daß Juden andere Juden in den Tod führen würden."

Im Verlauf einer Reihe öffentlicher Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren sprachen sich viele bekannte deutsche und nichtdeutsche Wissenschaftler dagegen aus, die Schandtaten des Nationalsozialismus zu "historisieren". Man befürchtete, eine Historisierung könnte zu moralischer Selbstzufriedenheit führen. Auch wenn das Argument damals stichhaltig gewesen sein mag, heute ist es nicht mehr überzeugend.

Die schwindelerregenden Ausmaße von Hitlers "Endlösung" sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Und ist nicht auch die "normale" Menschheitsgeschichte voll von schreckenerregenden Kapiteln der Unmenschlichkeit? Ein Verbrechen muß nicht unvergleichlich sein, um Sühne zu verdienen.

Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.

Die Unvergleichlichkeit, ja Außergeschichtlichkeit des Massenmords an den Juden entspringt nicht dem Ereignis selbst, sondern ist vor allem Produkt der ausbeuterischen Industrie, die sich danach entwickelt hat. Die Holocaust-Industrie ist schon immer bankrott gewesen. Es bleibt nur noch, das offen auszusprechen. Die Zeit, sie aus dem Geschäft zu ziehen, ist längst überfällig. Die edelste Geste gegenüber jenen, die umgekommen sind, besteht darin, ihr Andenken zu bewahren, aus ihrem Leiden zu lernen und sie endlich in Frieden ruhen zu lassen.

...<<

16.10.1994

BRD: Bei der 13. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 16. Oktober 1994 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %, Sonstige = 3,5 %.<<

Bundeskanzler Kohl bildet später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Oktober 1994

BRD: Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...):

>>Freiheit und Verantwortung in der Familie

... Damit Liebe wachsen kann, bedarf sie grundsätzlich des Schutzraumes, so lange sie eine noch zarte schwache Pflanze in der Seele des Kindes ist. Die Eltern sind für ihre Kinder die Garanten dieses Schutzraumes - analog dem Schutzraum Gottes für sein Geschöpf Mensch durch Umgrenzung seiner Freiheiten. ...

Das ist keine "Rollenverteilung", wie uns der kollektive Atheismus in törichter Selbstverteilung der Aufgaben des Menschen weismachen will, sondern heilige Vorgabe. Und diese so bedeutsame Phase der Familienbildung gelingt um so besser, je mehr die jungen Eltern auf diese Anordnung Gottes lauschen, unter Umständen auch mit Hilfe hieb- und stichfester wissenschaftlicher Erkundung - statt auf selbst ausgedachte künstliche Neuerungen zu setzen, die nicht aus der Liebe und der Verantwortung vor Gott erwachsen sind, sondern aus Bequemlichkeit, Egoismus und dem unnachdenklichen Mitjagen nach modischen Neuerungen - als da sind Berufstätigkeit für Säuglingsmütter, Kinderkrippen, Babyhotels und Tagesmütter für die Kleinen, ja gar Stillbusenhalter für Väter. ...

Wir haben im 20. Jahrhundert viele Beweise dafür erhalten, daß diese Vorstellungen kein veraltetes Christentum sind, sondern allgemein für das gesamte Menschengeschlecht gültige Vorgaben. Eindringlich ist das 70jährige kollektivistische Modell der Sowjetunion hier beweiskräftig geworden. Dort ist die Alkoholsucht geradezu zur Epidemie geworden. Eine Statistik der Akademie der Wissenschaft von 1986 (noch zu Zeiten der Sowjetunion) sprach von 40 Mio. Alkoholkranken in der Bevölkerung der UDSSR! Erschreckend boomt in Rußland die Kriminalität. ...

- Gorbatschow schrieb deshalb in seinem Buch "Perestroika" erstaunlicherweise ebenso offen

wie realistisch: "In den letzten Jahren unserer schwierigen Geschichte haben wir es versäumt, den Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter und ihrer unerläßlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken. Heute engagieren sich die Frauen in der wissenschaftlichen Forschung, arbeiten auf Baustellen, Industrie und im Dienstleistungssektor und sind schöpferisch tätig und haben daher nicht mehr genügend Zeit, um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen - dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre.

Wir haben erkannt, daß viele unserer Probleme: im Verhalten vieler Kinder und Jugendlicher, in unserer Moral, der Kultur, der Produktion - zum Teil durch die Lockerung der familiären Bindungen und die Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht werden. Dies ist ein paradoxes Ergebnis.

Eine der dringlichsten sozialen Aufgaben - auch eine Hauptaufgabe in der Kampagne gegen den allgemeinen Alkoholmißbrauch - ist es, das Wohlergehen der Familie zu verbessern und ihrer Rolle in der Gesellschaft breiteren Raum zu geben."

Freilich: das böse atheistische Konzept läßt sich selbst durch solch eine weise Einsicht nicht aus der Welt schaffen; je mehr die Menschen aus Liebesmangel und Familienverlust neidisch gemacht worden sind, um so mehr bleiben sie an der marxistischen Ideologie des Neides hängen, was sich zur Zeit im Osten wie auch im Westen abzuzeichnen beginnt ...

Aber nicht nur die Sowjetunion bildet hier ein trauriges Großexperiment. Zahllos sind mittlerweile die wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Überzeitlichkeit des Urmodells von Familie bestätigen.

Im psychosomatischen Institut Mannheim wurde jüngst bestätigt: "Die Deprivationsforschung, die Verhaltensbiologie sowie psychoanalytische Erkenntnisse führen zu der Hypothese, daß ein Kind unter allgemein hoher psychosozialer Belastung während der Vorschulzeit sich nur dann zu einem seelisch gesunden Erwachsenen entwickeln kann, wenn ihm zugleich eine zuverlässige positive Bezugsperson konstant zur Seite steht.

Von den Einzelaspekten ihrer Kindheit korreliert mit seelischer Gesundheit im Erwachsenen also die Tatsache (höchst signifikant), eine stabile gute Bezugsperson gehabt zu haben. Ohne eine solche Bezugsperson entwickelte sich in unserem Forschungsprojekt an 600 erwachsenen Personen der Allgemeinbevölkerung kein Proband mit schwerer Frühkindheit zu einem gesunden Erwachsenen."

- Und im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat jüngst eine Forschungsgruppe um Professor Edelstein herausgefunden, daß Kinder, die in ihren ersten Lebensjahren an eine konstante Bezugsperson fest gebunden waren, bereits im Alter von neun Jahren auch bei kognitiven Aufgaben im Vergleich zu Kindern, die unzureichend gebunden waren, also von vornherein vielen wechselnden Betreuungspersonen ausgesetzt waren oder von diesen geängstigt wurden, "einen geistigen Vorsprung von zwei Jahren aufzuweisen haben."

In dieser letzten wissenschaftlichen Untersuchung zeichnet sich aber bereits ab, was ich ihnen anfangs verhieß: Daß wir Menschen um so mehr Freiheit in der Familie ernten dürfen, je mehr wir uns - aus Liebe und Gehorsam für unseren Gott - an seine Vorgaben bei der Erziehung der Kinder gehalten haben.

Kinder, für die man sich an deren Lebensanfang voll einsetzte, Kinder, die man als Gottes Geschenk auf Zeit auffaßt und ihnen durch die Kindheit hindurch Freiheit zur Entfaltung gibt, aber ebenso gleichzeitig Grenzen setzt, damit den Unerfahrenen nichts Schädliches zustößt, diese so gehaltenen Kinder werden zügig selbständig und machen in den Jahren ihres Erwachsenwerdens weniger Kummer, statt dessen mehr Freude. Sie kräftigen die Herzen der Eltern durch die Genugtuung des Gedeihens ihrer Sprößlinge. Sie werden schneller selbständig zu verantwortungsbewußter eigener Lebensgestaltung und geben so den Eltern wieder zunehmend mehr Freiheit zu zusätzlichen Aufgaben im Weinberg des Herrn.

Freilich: Liebe der Eltern zu ihrem Kind bedeutet nicht im mindesten, sie einfach schrankenlos in jeder Hinsicht gewähren zu lassen, ihnen jeden Wunsch, kaum daß er ausgesprochen ist, zu erfüllen und ihnen das Leben gewissermaßen wahlfrei als einen Markt unbeschränkter Möglichkeiten zu freier Erprobung anzubieten.

Dieses sogenannte antiautoritäre Konzept - aus den USA importiert - mit dem Modell der "non-frustrated children", das in den vergangenen 20 Jahren in West-Europa zur Mode wurde - hat sich nicht bewähren können.

Die ideologische Vorstellung - von Jean-Jacques Rousseau aus dem vorrevolutionären Frankreich im 18. Jahrhundert entliehen - daß der Mensch von Anfang an gut sei und sich zu einer Art Engel entfalte, wenn man ihn nur nicht einenge, hat sich erneut als eine Illusion erwiesen. Die so im Übermaß sich selbst überlassenen Kinder erlebten sich als Vernachlässigte und beantworteten das spätestens vom Jugendalter ab mit aggressiver Unruhe, Übellaunigkeit, ungeordneter Orientierungslosigkeit und einer vermehrten Anfälligkeit für neurotische Erkrankungen.

"Tante, müssen wir heute wieder den ganzen Tag tun, was wir wollen?", hat vor kurzem ein Kind aus einem solchen Kinderladen seine Betreuerin gefragt. Kinder zu einer inneren Freiheit zu erziehen, das gelingt nicht auf diese Weise. Es gehört in die Verantwortung der Eltern, die Kinder darin einzuüben, ihre Wünsche auch aufschieben zu lernen, sich zu gedulden, um einer Notwendigkeit willen zu gehorchen und auf Wunscherfüllungen unter Umständen auch ganz zu verzichten.

- Der Mensch ist von Natur nicht im mindesten einfach gut. Er neigt - unerzogen - grundsätzlich zu einer Inflation seiner Antriebe. Er möchte, wenn er nicht auf Grenzen stößt, allein haben und allein herrschen. Er bleibt - ohne eine angemessen eingrenzende Erziehung - in seinem Naturegoismus stecken. Aber diese Neigung zur Maßlosigkeit gefährdet ihn, seine besondere Bestimmung als Mensch zu verwirklichen: im Auftrag Gottes, die Liebe in der Welt zu mehren.

Und diese Gefährdung macht den Heranwachsenden unruhig und unzufrieden. Es gehört deshalb in die Verantwortung bemühter Eltern, die Kinder zu Rücksicht aufeinander, zum Frieden miteinander zu erziehen. Allerdings ist es falsch, dieses Grenzsetzen mit rigiden Maßnahmen oder gar mit körperlicher Gewaltanwendung durchzusetzen. Die beste Methode besteht darin, als Eltern das Lieben im Umgang miteinander, mit der Umwelt und im opferbereiten Einsatz für das Kleinkind vorzuleben.

Mehr als durch Worte lernt der kleine Mensch nun einmal durch Nachahmung von seinen Vorbildern. Aber es darf doch auch das energisch verbietende Wort, ja, auch eine dem Status und dem Delikt entsprechende Strafe geben, wenn das Kind seine Grenzen aus ungehorsamem Trotz oder aus Unverstand - womöglich sein Leben gefährdend - überschreitet.

Die Begrenzung seines Spielraums lernt ein Kind am besten im Schutz der Familie, wenn es einige Geschwister hat. Die Notwendigkeit, die eigenen Belange um eines anderen willen auch einmal zurückzustellen, ergibt sich dann ohne allzu vieles Eingreifen der Erwachsenen. Selbst wenn es dabei in jungen Jahren zu manchem Geschwisterzank und manchem handfesten Gerangel kommt, es erspart viele Bemühungen der Eltern, die bei einem Einzelkind nötig werden. Deshalb sehen Fachleute in Deutschland auch mit Sorge auf eine Entwicklung, die zeigt, daß Ein-Kind-Familien und Alleinerziehen nur von einem Kind immer häufiger werden. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...): >>Wie man Hierzulande Gedenktage begeht - was man würdigt und was man verschweigt

Eine kritische Nachlese

Selten hatten Zeitungen und elektronische Medien eine so dichte Folge von 50jährigen Ge-

denktagen zu "bewältigen" wie zwischen Juni und September 1994.

Da gedachten die Anglo-Amerikaner der geglückten Landung in der Normandie vor 50 Jahren und ließen auch ihre von Deutschland vorher militärisch besiegten Verbündeten mitfeiern. Immerhin stellten sie aus Exulanten auch einige Invasionseinheiten und entrichteten ihren Blutzoll. Entsprechend durften sie an den aufwendigen Gedenk-Zeremonien teilnehmen.

Der deutsche Anteil an "der Befreiung Westeuropas von der Nazi-Herrschaft", wie die Invasion ein halbes Jahrhundert später immer öfter genannt wird, reichte dagegen nicht aus, um auch noch einen hochrangigen Vertreter Nachkriegs-Deutschlands zu der 50Jahrfeier einzuladen. Die emigrierten sudetendeutschen Bomberpiloten und in britische Dienste übergetretene "BBC"-Ansager mochten sich allenfalls persönlich und privat als Mitsieger fühlen und vielleicht an den französischen Kanalstrand gereist sein.

Die in Deutschland geführte Diskussion über eine deutsche Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten erschien daher sachlich überflüssig, wenn nicht gar aus Stil- und nationalen Gründen unwürdig, nimmt sich doch ein Fest über die Niederlage der eigenen Volksangehörigen etwas merkwürdig aus.

Aber solche Bedenken geraten bei medienbeherrschenden Zeitgenossen bereits in den Verdacht des Rechtsextremismus oder der "Verharmlosung" und können zur gesellschaftlichen und beruflichen Ausgrenzung führen. Denn die nationale Selbstentäußerung hat hierzulande schon verschiedentlich das Stadium der singulären Selbstbeichtigung erreicht und jeden Hinweis auf Mitverantwortlichkeiten Dritter unter Tabu gestellt.

Umfassende Erhellung der Vergangenheit gestaltet sich damit immer schwieriger, brächte sie doch bislang im Dunkeln belassene Vorgänge und Taten der Sieger ans Licht und könnte zu Fragen nach der weiteren Gültigkeit der verteilten Rollen verleiten. Fast folgerichtig meldeten sich zu den angestandenen Jahr- und Gedenktagen kaum Historiker von Rang zu Wort, hätten sie sich doch aus "beruflichen Sicherheitsgründen" fast nur auf die "probaten Versionen" der letzten 50 Jahre beschränken und dabei mögliche eigene Neu-Erkenntnisse außer Acht lassen müssen.

So blieb die Hintergrundgeschichte der Normandie-Invasion weitgehend unerwähnt und Stalins Sieg bei der Lokalisierung des Lande-Unternehmens in Nordwestfrankreich unberücksichtigt. Daß er die Unfreiheit der osteuropäischen Völker von Bulgarien bis Polen und die außenpolitische Bevormundung Finnlands in den anschließenden 50 Jahren zur Folge hatte, schien den beflissenen Zelebranten hierzulande auch aus dem Blick geraten zu sein. Die sonst wegen deutscher Kriegsverbrechen immer wieder teilnehmend bemühten Polen, Tschechen und Jugoslawen fanden mit ihrem Schicksal in diesem Zusammenhang offenkundig keine mitfühlende Aufmerksamkeit.

Die Polen konnten sie dann zwei Monate später anlässlich des Gedenkens des "Warschauer Aufstandes" im Sommer 1944 doch noch für sich und ihr Schicksal erringen. Ähnlich wie beim Invasions-Gedenken hielten sich die Historiker aber auch bei diesem historischen Datum mit wissenschaftlichen Darstellungen zurück und überließen die "geschichtlichen Würdigungen" größtenteils fachfremden Federn, wenn nicht nachgeborenen Abschreibern.

Anspruchsvollere Zeitungen und Sendungen verlegten sich auf Zeitzeugenberichte Überlebender und ersetzen Wissenschaftlichkeit durch vorgegebene Authentizität. Daß sie damit Einseitigkeit der Überlieferung und Willkür in der Auswahl riskierten, schien sie nicht sonderlich angefochten zu haben; denn deutsche Zeitzeugen vom "Warschauer Aufstand" kamen nicht zu Wort - wie sich auch die illustrierenden Bilder in der Regel auf die Dokumentation teutonischer Zerstörungswut beschränkten.

Das Foto von der persönlichen Begegnung des Aufständischenführers, Graf Tadeusz "Bor-Komorowski, mit SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski bei der Kapitulation der nationalpolnischen "Heimat-Armee" paßte den meisten Redakteuren nicht in ihre Vorstel-

lungswelt - und von den mehrmaligen deutschen Angeboten einer "ehrvollen Übergabe" hatten sie wohl keine Ahnung. Zwei rühmliche Ausnahmen bestätigten gleichsam die Regel, wobei die eine Zeitung durch ihre linksliberale Gesamtrichtung und die andere durch ihr internationales Renommee vor einschlägigen "Verharmlosungs"-Verdächtigungen geschützt schien.

Aber auch diese konnten sich beim vorhergegangenen Gedenktag, dem 20. Juli 1944, nicht zu einer Bewertung der deutschen Militär-Opposition aus der Sicht der Anglo-Amerikaner aufraffen, sondern schlossen sich - neben der Wiedergabe von Zeitzeugnissen - der politisch motivierten Diskussion über die einzelnen deutschen Widerstandskreise an.

Ob Ulbricht, Pieck oder Honecker in einem Widerstands-Museum gedenkwürdiger sind als Stauffenberg, Moltke oder Jesuitenpater Delp, erschien den Gedenk-Artiklern wesentlicher als die Frage, was die Briten und Amerikaner dazu bewogen haben könnte, der deutschen Anti-Hitler-Opposition in keiner Weise entgegenzukommen, sondern beispielsweise weiterhin auf der bedingungslosen Kapitulation zu bestehen.

Die Antwort läßt sich anhand US-amerikanischer Akten verbindlich geben. Sie nimmt den Widerstandskämpfern freilich viel von der ihnen hierzulande verliehenen Aura des "anderen und besseren Deutschlands" und weist sie eher in die Reihe der Opportunisten, welche den damals ohnehin verlorenen Krieg schnell allein Hitler anlasten, ihn durch seine Beseitigung alsbald beenden und durch einen neuen, aber erfolgreichen ausgleichen wollten.

Einschlägige bissige Illustrationen, wie sie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt vorliegen, verdeutlichen diesen bitteren Argwohn der Engländer und Amerikaner. So war es ihnen letztlich nur willkommen, daß der Putsch scheiterte und Hitler den Anschlag überlebte, da die Deutschen nunmehr keine Verantwortung abschütteln konnten, sondern die Konsequenzen des verlorenen Krieges voll tragen mußten. US-Präsident Roosevelt brauchte auf keine deutsche "Badoglio"-Figur Rücksicht zu nehmen und konnte - wie geplant - ungehindert "nach Berlin durchmarschieren".

Auf solche und weitere ernüchternde Eröffnungen über den "20. Juli 1944" mochte man in deutschen Medien viel lieber verzichten und erging sich statt dessen in manchen gedankenlosen Interpretationen. Etwa in der Formulierung vom "Aufstand des Gewissens", ohne offenbar zu bedenken, daß auch die eidtreuen Offiziere aus Gewissensverpflichtung handelten und sich der Mitwirkung am Putsch verweigerten.

Die Verabsolutierung einer Gewissensentscheidung als einzig richtige und moralisch bestegrenzt an diktatorische Intoleranz und sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Tatsächlich scheinen sich jedoch in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft einige Publikationsorgane als Oberzensoren zu verstehen und sich berechtigt zu fühlen, abweichende Meinungen öffentlich als "extremistisch" abqualifizieren zu dürfen.

Im Bereich der Printmedien maßt sich diese Scharfrichter-Rolle auf dem Gebiet der Zeitgeschichte zunehmend mehr ein norddeutsches "Nachrichten-Magazin" an, das vor Jahren in der Person des zuständigen Fachredakteurs einmal zu den lesenswerten und zitierfähigen Protagonisten in der unbefangenen Darstellung der Vergangenheit zählte.

Nicht zufällig war der verantwortliche Ressortleiter auch Verfasser eines beachtlichen Buches über die SS und damit ein ausgewiesener Kenner der reportierten Jahre. Seit seinem Ausscheiden reduziert sich die Behandlung zeitgeschichtlicher Themen immer mehr auf die Wiedergabe des forschelichen Wissenstandes von vorgestern in Kampfpresse-Jargon. Hinzugekommen sind lediglich die früher kaum feststellbaren Disqualifikationen unbequemer Geschichtsforscher und ihrer Erkenntnisse.

Die journalistischen Epigonen des früheren fachlichen Schwergewichts offenbaren in Beiträgen nur allzu oft und schnell die Begrenztheit ihrer Kenntnisse und Kompetenz, so daß sich immer wieder die Frage stellt, ob sie ein zeitgeschichtliches Archiv schon einmal von innen

gesehen und ein Original-Dokument in der Hand gehabt haben.

Die anderen selbsternannten zeitgeschichtlichen "Oberzensoren" stellen sich in Mehrheit in bestimmten Polit-Magazinen der öffentlich-rechtlichen Medien vor und veranstalten fast jeden Monat eine denunziatorische öffentliche Hinrichtung, deren Opfer neuerdings bis in den Bereich katholischer Jugendkalender hineinreichen.

Welche großmächtige Wirkung solche elektronischen Schauprozesse haben können, zeigt die Resonanz auf die Inquisitionsverurteilung des erwähnten Jugendkalenders durch eine "Magazin"-Sendung. Da notierten nicht nur zahlreiche Zeitungen die - zumeist falschen oder verdrehten - Vorwürfe des "Magazins" als "Nachrichten" auf prominenter Seite, sondern rückten auch offizielle kirchliche Stellen umgehend vom attackierten Jugendkalender ab und bliesen zum Teil ins gleiche Horn wie der unberufene "öffentlich-rechtliche" Scharfrichter.

Traurige Zeugnisse opportunistischen Verhaltens einer Einrichtung, welche Moral und Wahrheit manifestieren soll - und gleichzeitig indirekte Ermunterung zu weiteren Invektiven, verstehen doch bestimmte journalistische Verbal-Aggressoren solches Zurückweichen als Zustimmung oder Eingeständnis und fühlen sich in ihrer Zensoren-Rolle bestätigt.

Am Ende besteht noch die Gefahr, daß die öffentlich-rechtliche Konstruktion dieser elektronischen Medien als Stempel "öffentlichrechtlicher" Gültigkeit der von ihnen transportierten Meldungen und Meinungen mißverstanden wird und ihre Nutznießer die Verpflichtung zu möglichst großer Ausgewogenheit mit dem Anspruch verwechseln, im Namen der Öffentlichkeit gleichsam "Recht zu sprechen" - mit der Folge, daß sich Gebühren zahlende Bürger von diesen Usurpatoren noch für ihr Geld attackiert sehen.

Daß auch steuerlich finanzierte Printmedien auf ihren Seiten subjektive Meinungsäußerungen zulassen und die Pflicht zu ausgewogener Darstellung nicht immer ganz Ernst nehmen, gehört neuerdings auch zu den beunruhigenden Praktiken unserer Tage. Da ist es möglich, daß ein Rezensent (Kritiker) ausgewiesene Geschichtsforscher in einer offiziellen Wochenzeitung Bonn als "Rechtsextremisten" diffamiert, ohne für seine üble Nachrede geradestehen zu müssen, wie es überhaupt auffällt, daß sich die meisten ideologischen Kampfjournalisten in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden geistig nicht überanstrengen.

In der Regel begnügen sie sich mit plakativen Anwürfen, bei denen die vorgegebene antifaschistische Tendenz weitgehend die mangelnden Argumente ersetzt. Die Erwartung, daß sich kaum ein Zeitgenosse apologetisch vor einen angegriffenen "Rechtsextremisten" stellen und nach näheren Belegen und Begründungen für die vorgetragenen Beschuldigungen fragen dürfte, scheint sie einer seriösen Beweisführung für ihre Unterstellungen weitgehend zu entheben. Dabei entgeht ihnen offenbar, daß sie es mit solchem polemischen Argumente-Ersatz den wahren Extremisten leicht machen, ihre leichtfertig dahingeschriebenen Behauptungen ohne große Mühe als pure Kampfschrift zu entlarven und damit auch substantiierte Einwände gegen extreme Aussagen und Deutungen in Verruf zu bringen. ...

Die seit geraumer Zeit verbreitete "Anti-rechts"-Stimmung der sich aus dem Wiedervereinigungs-Schock erholten Meinungs-Linken scheint manche militanten "Anti-Faschisten" zu purem Verteufeln des ideologischen Gegners zu verführen, ohne sich zu einer Beweispflicht angehalten zu fühlen. So spricht es nicht für eine sachliche Auseinandersetzung, wenn ein britischer Geschichtssautor, der nach dem Zeugnis eines amerikanischen Archivars mehr Quellenmaterial gehoben und verarbeitet hat als mancher professionelle Historiker, vom besagten Schreiber zu "führenden Alt- und Neonazis" gezählt und beschuldigt wird und angeblich "seine Geschichtslügen in der Bundesrepublik ... hinausposaunt".

Hier verrät sich offenkundig schon die Sprache, die eher verletzen als zur Diskussion auffordern will - wie es immer wieder auffällt, daß die rhetorischen "antifaschistischen" Ankläger sich in Wortwahl und Strafforderungen unversehens faschistoid gerieren, wenn sie einen von ihnen entdeckten "Rechtsextremisten" aus Bundeswehr, Polizei oder Lehramt auf der Stelle

entfernt zu sehen wünschen. Für die "Rechten" gibt es nach den Vorstellungen dieser Linken weder Gnade noch Vergessen, sondern nur "energisches Durchgreifen" und "unnachsichtiges Vorgehen".

Die Rechten haben nicht nur die - vorhitlerische! - Reichskriegsflagge tunlichst in ihrem Garten einzuholen - während Lenin- und Stalin-Büsten noch öffentlich unbeanstandet herumstehen dürfen -, sondern müssen sich auch vor jeder Aussage hüten, die ihrem Land und seinen Menschen zwischen 1933 und 1945 zugute kommen könnte. Was andernorts natürlich und eine indiskutable Selbstverständlichkeit ist, nämlich das eigene Volk und seine Geschichte nicht über Gebühr belasten zu lassen, steht hierzulande an der Grenze zur "Verharmlosung" und damit zum kriminellen Straftatbestand. Eine ebenso sonderbare Rechts- und Bewußtseinslage wie singuläre Selbstentfremdung eines Volkes.

Nicht ausgeschlossen, daß sie den Grund für das allgemeine Schweigen der Historiker zu den wortreichen Gedenkartikeln und Mahnreden über die angestandenen Jahresdaten abgeben. Denn jede sachliche Erinnerung an die Kehrseite der gefeierten Ereignisse kann von den militanten Oberzensoren unter das drohende Damokles-Schwert des "Verharmlosungs"-Vorwurfs geschoben und der korrigierenden Historiker an den Rand des beruflichen Ruins gebracht werden. ...

Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Verlierer ließ die herkömmlichen Übergabeformen großenteils zu Auslieferungsakten verkommen und erreichte im Frühjahr und Sommer 1945 in Österreich, Schweden und im Rheingebiet traurige Höhepunkte, als der Roten Armee Hilfstruppen der Wehrmacht und deutsche Soldaten gegen die Landkriegsordnung und gegebene Zusagen zugeliefert und kriegsgefangene deutsche Truppen von Eisenhower zu "entwaffneten Feindstreitkräften" und damit für weitgehend schutzlos erklärt wurden. Die Toten dieser kriegsrechtswidrigen Praktiken finden selten bis nie Erwähnung in den öffentlichen Rückerinnerungen. Von einem öffentlichen Wort des Bedauerns war aus nichtdeutschem Munde bislang nur aus Prag einmal zu hören - als um vierzig Jahre verspätete Antwort auf die "Charta der Heimatvertriebenen" vom August 1950.

Tote, die ein deutsches Hoheitszeichen trugen, kamen und kommen in den Erinnerungsreden und -artikeln nicht vor, als seien sie als Unpersonen unter die Erde gekommen. Ihre Reihe reicht von den ahnungslosen Bombenopfern des Attentats in der "Wolfsschanze" bis zu den über 500 von den Amerikanern zusammengeschossenen kriegsgefangenen Wachposten von Dachau. Letzteren hat der "Druck der Öffentlichkeit" sogar die Errichtung eines Gedenksteins ausdrücklich verwehrt.

Die unselige Selektion auf der Rampe setzt sich offenbar im Denken mancher Zeitgenossen bis in das Grab fort. Bedenklich makabre Steigerung ideologisch verwerflicher Menschenverachtung früherer Zeiten und weiteres Zeugnis faschistoider Praktiken erklärter Antifaschisten. Mögen diese bemerkten Widersprüchlichkeiten im Tun und Reden der medienbeherrschten "Volkspädagogen" in erster Linie nur wenigen Zeitbeobachtern auffallen und nach der moralischen Berechtigung ausgeübter Meinungszensur fragen lassen, ist das permanente Verleugnen eigener Opfer und die damit verbundene Dauer-Selbstbeichtigung dem breiten Volk kaum zu vermitteln.

Weiterer Grund, bei künftigen Jahresgedenken die bemerkten Mängel und Fehler nicht zu wiederholen und sich - wie es der Bundespräsident forderte - der "ganzen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen zu stellen".<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtet im Oktober 1994 über das Buch "Perversion statt Aufklärung. Die Umerziehung einer Generation mit öffentlichen Mitteln" des deutschen Autors M. Weber (x853/...): >>**Perversion statt Aufklärung**

... Im Verlag Claus Peter Clausen ist eine Publikation erschienen, die zu Recht mit der deutli-

chen Warnung an den Leser versehen ist, daß das Material - in Wort und Bild - die Gefühle des Lesers verletzen wird. Autor, Verlag und Herausgeber haben sich dennoch entschieden, das Material, das von der Deutschen Aids-Hilfe publiziert wird, bekannt zu machen.

Aids-Hilfe und Homosexuellenverbände beeinflussen seit Jahren Jugendliche und Kinder. Eine "Aids-Mappe zum Umgang mit Aids in der außerschulischen Jugendgruppenarbeit" von 1991 zeigt, wie Kinder - die Mappe ist für "Jugendliche" ab 12 Jahren gedacht - die Vorstellungen der sexuellen Revolution der 68er nahegebracht werden: Prostitution wird als normaler Beruf vorgestellt, homosexuelle Intimität wird photographisch illustriert, Ausschneidematerial wie aus dem Sexshop wird den Kindern offeriert und andere Schändlichkeiten mehr.

Neben dieser Beeinflussung der heranwachsenden Generation beschreibt der Tübinger Pädagoge Weber in seiner Dokumentation, was heute unter "homosexuellem Lebensstil" verstanden wird. Zeugnisse der Aids-Hilfen (aus Faltblättern, Broschüren, Zeitschriften usw.) lassen einen erschauern, welche zwischenmenschliche Verirrung möglich ist. Skandalöserweise wird diese perverse sexuelle Revolution mit Steuergeldern in einer Höhe von jährlich sieben bis neun Millionen DM finanziert.

Maßgebliche Teile der evangelischen Kirchen diskutieren seit einiger Zeit heftig darüber, ob man Homosexuelle segnen solle oder nicht, wobei vieles darauf hindeutet, daß sich die Befürworter durchsetzen könnten. Aus diesem Grunde wird die Dokumentation "Perversion statt Aufklärung" auch von einigen evangelischen Persönlichkeiten mitherausgegeben, um deutlich auf den Dambruch aufmerksam zu machen, der mit einer Aufwertung bewirkt würde.

Neben Professor Peter Beyerhaus und der Europäischen Ärzteaktion zeichnen z.B. die Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" Rheinland, der "Evangelische Aufbruch Mittelrhein", die Lebensrechtsorganisation PRO VITA - Österreich, Pfarrer Hans Georg Meerwein als Vorsitzender der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Volker Heckl als Direktor der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Friedhelm Dahmann, Pressesprecher von "Laien in der Kirche" und Pastor Klaus-Reiner Latk von der Hilfsaktion Märtyrerkirche.

Die Publikation ist vor allem für sogenannte Multiplikatoren gedacht - für Seelsorger, Lehrer, Jugendgruppenleiter, Pfarrer, Elternsprecher, Abgeordnete und Politiker. Schon nach einem kurzen Blick in das Material hofft man sehr, daß die Schrift einiges in die richtige Richtung bewegen wird.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1994 berichtet im Oktober 1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des deutschen Autors Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**

Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?

Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor

der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.

Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

15.11.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. November 1994:

>>**Noch schlimmer als Tschernobyl**

In Mayak im südlichen Ural ereigneten sich drei Atomkatastrophen

... Im September 1957 geschah das, was die Atomgegner im Westen stetes befürchten, was aber in der westlichen Hemisphäre bisher nie eingetreten ist: eine Art GAU, der wohl größte Unfall in der Geschichte der Atomtechnik.

Auf dem Gebiet von Mayak explodierte ein mit 75 Tonnen hochradioaktivem Abfall gefüllter Tank. Vermutlich war er nicht ausreichend gekühlt. Eine gewaltige Menge an Radioisotopen wurde in die Luft geschleudert.

Die russischen Wissenschaftler gaben gegenüber der westlichen Besuchergruppe an, es seien damals 20 Millionen Curie (Ci) auf die Atomanlage und die Umgebung niedergegangen – für umweltbewußte Westeuropäer eine Horrorgeschichte. Ein Curie entspricht 37 Milliarden Becquerel. 2 Millionen Curie der nuklearen Niederschlagsmenge wurden vom Wind in Richtung Nordosten abgetrieben und hinterließen eine Schneise des atomaren Schreckens, 300 km lang, 30 km breit.

Heute ist diese inzwischen unzugängliche Katastrophzone in den offiziellen Landkarten eingetragen und mit dem Totenkopf gekennzeichnet.

Die Explosion des hochradioaktiven Tanks war zwar die schlimmste aber nicht die einzige Katastrophe von Mayak. Von 1949 bis 1951 wurden die hochradioaktiven Abfälle in flüssiger Form einfach in den Fluß Tetscha gekippt.

Die Bombenbauer von Mayak glaubten schlicht, daß der Fluß die Abfälle ins nördliche Eismeer spülen und bis zur Harmlosigkeit verdünnen werde. Doch diesen Gefallen tat die Natur den Physikern nicht. Die radioaktiven Partikel sanken auf den Boden und lagerten sich im Schlamm ab. Noch heute ist der Fluß auf weiten Strecken radioaktiv verseucht. Die Menschen, die am Fluß lebten, wurden zwar später umgesiedelt, aber für viele war es zu spät. Sie starben oder erkrankten an der nuklearen Überdosis.

Der dritte Unfall war die Folge des ersten und zweiten. Im heißen Sommer 1967 trocknete der Karatschai-See aus. Die radioaktiven Ablagerungen im Schlamm wurden als Staub aufgewirbelt und bis zu 75 Kilometer weit verweht. ... 45.000 Menschen, die in diesem Gebiet lebten, wurden damals einer Strahlendosis ausgesetzt, die um das 2.660fache höher war als die Westeuropäer im Jahr an natürlicher Strahlung aufnehmen. ...<<